



10. Juni 2016

**CDU**

## 58. Parlaments – Postille



**Sehr geehrte  
Damen und Herren,  
liebe Freunde,**

die Entscheidung von Bundespräsident Gauck, nicht für eine zweite Amtszeit zur Verfügung zu stehen, haben wir mit Bedauern aber auch Verständnis zur Kenntnis genommen. Wir sind

dankbar für den Dienst, den der Bundespräsident bislang für unser Land geleistet hat. Und sicherlich wird Joachim Gauck auch den Rest seiner Amtszeit so gestalten wie die ersten vier Jahre. Joachim Gauck ist ein Staatsmann, der das Land immer wieder zusammenführt, aber auch unserer Nation eine Richtung weist. Ihm liegt das Wohl der Menschen und die Zukunft Deutschlands am Herzen. Der Respekt vor dem Amt, aber auch gegenüber der Person Joachim Gaucks gebietet es, sich zu diesem Zeitpunkt nicht an öffentlichen Spekulationen über die Nachfolge zu beteiligen. Es geht schließlich um das höchste deutsche Staatsamt, das Joachim Gauck gegenwärtig in so hervorragender Art und Weise ausfüllt.

Ab dem Wochenende dreht sich wieder vieles um die „schönste Nebensache der Welt“, die Fußballeuropameisterschaft beginnt. Ich wünsche unserem Team viel Erfolg und verletzungsfreie Spiele. Ich hoffe, dass wir harmonische, friedliche Fußballspiele erleben werden und wünsche allen – hoffentlich bis zum Endspiel – viel Freude beim Mitfiebern.

Ihre

Ingrid Pahlmann MdB

### Zusammenarbeit gegen den Terror

Ganz Europa und damit auch Deutschland steht im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus. Die jüngste Festnahme dreier potentieller Attentäter, die in Düsseldorf einen Selbstmordanschlag geplant haben sollen, ist nach den Anschlägen in Brüssel, Paris und Istanbul ein weiterer Beleg dafür, dass wir potentielle Gefährder genau im Blick haben müssen. Die Festnahme zeigt, wie wichtig eine europaweite Zusammenarbeit gegen den Terror ist. Sie muss nun weiter verbessert und ausgebaut werden. Denn auch die Zahl der Personen in unserem Land, denen ein terroristischer Anschlag zugetraut wird, ist deutlich gewachsen und liegt mittlerweile bei fast 500 Personen.

Um gefährliche internationale Netzwerke aufdecken zu können, ist ein enger Austausch mit ausländischen Nachrichtendiensten unabdingbar. Wenn Terrororganisationen sich international vernetzen, dann müssen sich auch Sicherheitsbehörden besser vernetzen. Mit dem Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus gehen wir einen wichtigen Schritt, um den Austausch von Informationen entscheidend zu verbessern.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz kann zukünftig mit wichtigen ausländischen Nachrichtendiensten gemeinsame Dateien betreiben, etwa um Reisebewegungen von Dschihadisten zu erkennen und gewalttätige Bestrebungen nach der Rückkehr aus Kampfgebieten besser erfassen zu können. Zugleich treten wir der anonymen Nutzung von Pre-Paid-Karten entgegen, die bei der

Kommunikation in kriminellen und terroristischen Strukturen ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellt. Die Anbieter solcher Karten müssen künftig die Identität ihrer Kunden, zu deren Erhebung sie bereits jetzt verpflichtet sind, anhand von Identitätsdokumenten überprüfen. Zur Verbesserung des Kampfes gegen die Schleuserkriminalität erhält die Bundespolizei zur Gefahrenabwehr die Möglichkeit, verdeckte Ermittler einzusetzen. Diese sollen einen besseren Zugang in die oftmals sehr abgeschotteten Strukturen der hoch konspirativ arbeitenden Schleuserorganisationen ermöglichen. Außerdem werden die Möglichkeiten der Überwachung gefährlicher Straftäter nach der Haftentlassung erweitert.

Nachdem wir national und europäisch bereits verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ergriffen haben, werden wir auch dieses Anti-Terror-Gesetz im parlamentarischen Verfahren zügig behandeln. Maßnahmen, die unsere Bürger besser schützen, haben höchste Priorität.

### **Verbesserung des Bauvertragsrechts**

Bauunternehmer werden künftig auf Mindestanforderungen für Baubeschreibungen sowie die Angabe verbindlicher Fertigstellungstermine verpflichtet, um Transparenz und Vergleichbarkeit der Angebote zu verbessern und den Bauherren Planungssicherheit zu geben. Neben einem Widerrufsrecht für Bauverträge von 14 Tagen ändern wir darüber hinaus auch die kaufrechtliche Mängelhaftung: Verkäufer werden dadurch verpflichtet, selbst für den Aus- und Wiedereinbau zu sorgen oder dem Käufer die Aufwendungen zu ersetzen, wenn dieser eine mangelhafte Sache gemäß ihrem Verwendungszweck in eine andere Sache eingebaut hat. Der Verkäufer kann die Kosten jedoch grundsätzlich entlang der Lieferkette an den für den Mangel Verantwortlichen weitergeben.

### **Reform der Investmentbesteuerung**

Mit dem Gesetzentwurf wird das Investmentbesteuerungsgesetz vereinfacht und gleichzeitig Steuersparmodelle mit Hilfe von Immobilienfonds beendet. Inländische Dividenden sollen zukünftig bei inländischen und ausländischen Investmentfonds gleichermaßen auf Fondsebene besteuert werden, um EU-rechtliche Risiken im bestehenden Recht

auszuräumen. Wir wollen ein einfaches und gut administrierbares Besteuerungssystem für auf private Anleger ausgerichtete Publikums-Investmentfonds schaffen und gleichzeitig die Wirtschaft von bürokratischem Aufwand bei der Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen entlasten. Gleichzeitig unterbinden wir sogenannte Cum/Cum-Geschäfte, mit denen bislang versucht wurde, die Dividendenbesteuerung zu umgehen.

### **Fischereiverbote in Nord- und Ostsee überarbeiten**

Im Gespräch mit Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt über die geplanten Fischereiverbote in Nord- und Ostsee habe ich meine Zweifel an der Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit der Maßnahmen noch einmal deutlich gemacht und eine Überarbeitung gefordert. Die Fischereibetriebe an unseren Küsten sind bereits durch zahlreiche Windkraftparks erheblich eingeschränkt und dürfen durch weitere Fanggebietsverluste nicht in ihrer Existenz bedroht werden.



Auch beim eigenmächtig vom Bundesumweltministerium geplanten pauschalen Verbot der Freizeitfischerei in Schutzgebieten bin ich mit dem Minister einig, der ein Verbot der Freizeitfischerei ausdrücklich ablehnt. Es gebe keinen ausreichenden wissenschaftlichen Nachweis, dass die Angelfischerei zu einer Belastung in Schutzgebieten führt. Der Schutz von Sandbänken und Riffen ist durch die private Angelfischerei nicht in Gefahr. Die Auswirkungen eines Verbotes wären dagegen für den regionalen Tourismus und die lokale Küstenwirtschaft unverhältnismäßig hoch.

## **Integrationsgesetz: Auswirkungen auf und für die Kommunen**

Bundesinnenminister de Maizère hat am Dienstag in der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Auswirkungen des Integrationsgesetzes auf und für die Kommunen erläutert. Ein wesentlicher Teil der Integrationsaufgaben sei von den Ländern und Kommunen zu leisten, beispielsweise bei

Planungen im Bereich Schule. Damit Integration gelinge müsse es bei den Ausländerbehörden in den Kommunen einen massiven Personalausbau geben.

Die Wohnsitzauflage war ein großer Wunsch der Länder und Kommunen. Sie gelte für alle nach dem ab dem 1.1.2016 anerkannte Flüchtlinge und eröffne Ländern und Kommunen die Möglichkeit, auch rückwirkend auf Entwicklungen zu reagieren. Die Auflage gelte befristet für 3 Jahre und müsse anschließend überprüft werden. Die Umsetzung erfolgt durch die Länder.

Anerkannte Flüchtlinge erhalten künftig nach 5 Jahren eine Niederlassungserlaubnis nur noch, wenn sie Integrationsleistungen nachweisen können. Das sind Deutschkenntnisse und eine überwiegende Lebenshaltungssicherung. Das werde vor allem für qualifizierte Fachkräfte gelten.

Die stärkere Verpflichtung zur Teilnahme an Deutsch- und Integrationskursen sei auch mit Sanktionierungsmöglichkeiten, z.B. Leistungseinschränkungen, verbunden. Dazu müsse die Zusammenarbeit zwischen den Ausländerbehörden und den Sozialbehörden in den Kommunen optimiert werden.

Die Vorrangprüfung bei der Vergabe von Arbeitsplätzen werde vorübergehend ausgesetzt. Die Länder können die Regelung unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit vor Ort umsetzen. Bei begonnener Ausbildung werde dem Auszubildenden eine Duldung zuerkannt für die Dauer der Ausbildung zuzüglich 2 weiterer Jahre bei Übernahme im Anschluss der Ausbildung bzw. 6 Monate ohne Übernahme, um einen anderen Arbeitsplatz zu finden. Die Ausbildungsbetriebe erhalten so die von der Wirtschaft geforderte Planungssicherheit.

## **Neues Fachinstitut für Bienengesundheit**

Die erfolgreiche Arbeit der Arbeitsgruppe Bienenschutz des Julius-Kühn-Institut (JKI) am Standort Braunschweig wurde nun aufgewertet durch Ausbau zu einem eigenen Institut mit zusätzlichem wissenschaftlichem und

technischem Personal. Die Forschungen und wissenschaftlichen Bewertungen des neuen Instituts sollen auch dazu beitragen, die biologische Vielfalt in Agrarökosystemen und Kulturlandschaften zu erhalten und zu verbessern. Eine weitere Aufgabe ist die Entwicklung neuer Strategien im Pflanzenschutz zur Risikominimierung, dabei liegt auch hier der Fokus darauf, das (polit). Entscheidungen zum Bienenschutz auf solider, unabhängiger und wissenschaftlicher Grundlage basieren



v.re.: Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt mit dem Präsident des JKI, Dr. Georg Backhaus und dem Leiter des Instituts für Bienenschutz, Dr. Jens Pistorius.

## **Kontakt**

### **Büro Berlin**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: (030) 22772341  
Fax: (030) 22776067

### **Büro Gifhorn**

Steinweg 5, 38518 Gifhorn  
Tel: (05371) 728035  
Fax: (05371) 728036

### **Büro Peine**

Freiligrathstr. 4, 31224 Peine  
Tel: (05171) 7902225  
Fax: (05171) 7902226



# **CDU**